Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 13 (1993)
Heft: 25

Artikel: Arbeitsmärkte zwischen Internationalisierung und Informalisierung
Autor: Mahnkopf, Birgit / Altvater, Elmar
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651595

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

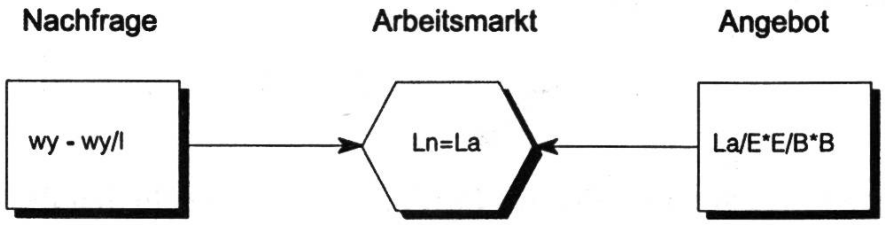
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Birgit Mahnkopf / Elmar Altvater

Arbeitsmärkte zwischen Internationalisierung und Informalisierung

Im folgenden sollen einige Tendenzen beschrieben werden, wie sich Arbeit in den vergangenen zwei Jahrzehnten der "strukturellen Krise" in den Industrieländern, aber auch in anderen Kontinenten verändert hat. Dabei werden ökonomische Veränderungen von einer rigiden Organisation der Arbeit zu flexiblen, deformalisierten Formen im Vordergrund stehen. Die Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und politische Konzepte werden ebenfalls diskutiert.

Die ökonomischen Zusammenhänge sind zunächst sehr einfach: die Nachfrage nach Arbeit (Ln) hängt von der Steigerung des Produktionsvolumens (wy) abzüglich der Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität (wy/l) und das Arbeitsangebot (La) von der Bevölkerungsentwicklung (B), der Entwicklung der Erwerbs- (E/B) und der Arbeitnehmerquote (La/E) ab.



Doch verweisen diese simplen Zusammenhänge auf drei entscheidende Fragen, deren Anworten keineswegs mehr unstrittig und banal sind:

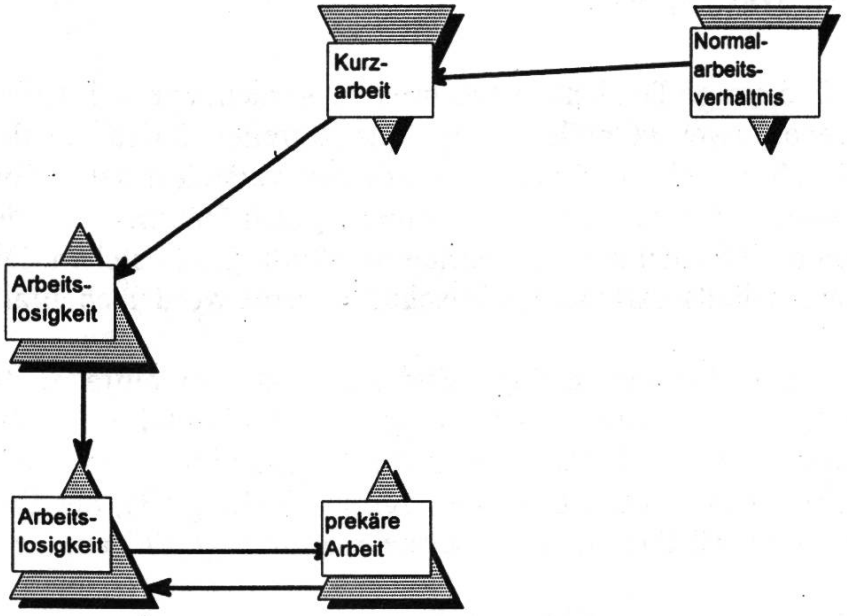
Erstens: Warum tendieren die Wachstumsraten des Produktionsvolumens (wy), von denen die zusätzliche Arbeitsnachfrage entscheidend abhängt, in den entwickelten Industriegesellschaften seit den 60er Jahren zur tendenziellen Verringerung?

Zweitens: Warum übersteigen (ebenfalls tendenziell) die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität (wy/l) trotz einer gewissen Abflachung diejenigen des Produktionswachstums?

Drittens: Warum reagiert die Angebotsseite des Arbeitsmarktes nicht mit entsprechender Verknappung, so daß - bei unzureichender Nachfrage zur Absorption des Angebots an Arbeitskräften - im Endeffekt Arbeitslosigkeit resultiert?

Daran knüpft sich sogleich eine vierte und hier nicht ausführlich zu analysierende Frage nach der Funktionsweise von Arbeitsmärkten: Welche Dynamik auf den Arbeitsmärkten führt dazu, daß ganz spezifische Selektionsprozesse wirksam sind und Segmentierungsmuster am Arbeitsmarkt erzeugen, die dafür sorgen, daß eine Gruppe von Erwerbspersonen mehrfach oder häufig arbeitslos wird oder ihre Mitglieder in den Status von schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen absinken oder "informalisiert", d.h. aus dem formellen Sektor der Ökonomie und Gesellschaft ausgeschlos-

sen werden? Die Dynamik des Arbeitsmarktes kann - ohne in Einzelheiten der Analyse einzusteigen - folgendermaßen skizziert werden:



Kurzzeit Vollzeitarbeit

Das Normalarbeitsverhältnis (NAV) definiert sowohl den Zeitrahmen von Arbeit (Vollzeit; z.B. eine 38-Stunden-Woche) als auch die rechtliche Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse und die soziale Absicherung zwischen den Tarifpartnern und innerhalb des sozialstaatlichen Systems (angedeutet mit dem Formalisierungsgrad der Arbeit auf der Ordinate im Schema). Was "normal" ist, bedarf der gesellschaftlich gültigen Konvention, die jedoch nicht fixiert werden kann und daher historisch modellierbar ist. Denn bei der Gestaltung des Normalarbeitsverhältnisses sind immer zwei Parteien - und der Staat, sowie die Öffentlichkeit - beteiligt. Was normal ist, hat eine historische und räumliche Reichweite, und jenseits derselben ist etwas anderes normal. Daher bedeutet "Normalität" der Arbeitsbeziehungen in Westeuropa etwas anders als in Osteuropa oder Lateinamerika.

Innerhalb des neoklassischen Paradigmas werden Arbeitsmärkte, Gütermärkte und Finanzmärkte isoliert auf ihre Wettbewerbs- bzw. Gleichgewichtsbedingungen hin betrachtet. Arbeitslosigkeit wäre der Ausdruck eines fundamentalen Ungleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage. Dieses kann entweder eine Folge von Friktionen (zu geringe Markttransparenz, mangelnde Mobilität und Flexibilität, zu hohe Suchkosten etc.) oder ein Resultat mangelhafter Preisreaktionen (Lohnrigidität) nach unten sein. Die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen aus dieser Überlegung sind eindeutig, einfach und daher zunächst überzeugend: Die Lohnpolitik muß in beide Richtungen - nach oben und nach unten - flexibel gestaltet werden, was zuallererst Vorleistungen seitens der Gewerkschaften erforderlich macht:

sie müssen sich den Erfordernisse der *"Flexibilisierung"* und *"Deregulation"* anpassen. Darüber hinaus sollten zweitens die Löhne den Leistungen (Grenzpróduktivitäten der Arbeit) entsprechend differenziert werden. Drittens sollten institutionelle Rahmenbedingungen auf den Arbeitsmärkten geschaffen werden, die mobilitätssteigernd wirken, Informationen leichter zugänglich machen, also die Transaktionskosten senken. Dies sind die Grundelemente der neoliberalen Argumentation nationaler und internationaler wirtschaftspolitischer Instanzen. Dies war auch die theoretische Begründung für die Deregulierungspolitik in der Ära von Reagan und Thatcher und sie wird auch heute in Europa, aber auch in Lateinamerika verwendet.

Trotz aller Unterschiede stimmen keynesianische und marxistische Ansätze zur Beantwortung der oben aufgeführten Fragen in einem wesentlichen Punkt überein: Märkte können nicht isoliert betrachtet werden, da sie interdependent und darüber hinaus hierarchisch strukturiert sind. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes hängt demzufolge von derjenigen der Güter- und insbesondere der Finanzmärkte ab. Für Marx ist die profitgesteuerte Akkumulation von Kapital die "unabhängige", Lohn und Beschäftigung hingegen die "abhängige" Variable. In der "geldkeynesianischen" Theorie stellen die Konstellationen von Finanzmärkten (insbesondere die Zinsen) "Budgetrestriktionen" dar, die mit der Mindesthöhe der Profitrate (Rentabilität) die Wahl der Produktionstechnologie und die Höhe der Reallöhne (mittels des "mark-up-pricing") bestimmen. In diesen Paradigmen könnte Arbeitsmarktpolitik lediglich hilfreich sein, um wünschenswerte Umschichtungen vornehmen oder/und das Angebot an Arbeitskräften z.B. durch eine Politik der Arbeitszeitverkürzung regulieren zu können. Eine Beeinflussung der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes hingegen wäre nur dann möglich, wenn mittels Fiskal- oder Geldpolitik Einfluß auf die Güter- und Finanzmärkte ausgeübt wird. Dazu aber bedarf es eines institutionllen Umfeldes, das derzeit nicht existiert. Warum dies nicht der Fall ist, bedarf der Erklärung.

Wachstum ohne Beschäftigung

Während die Reichweite von Arbeitsmärkten noch wesentlich an den Grenzen nationaler Funktionsräume endet, haben Güter- und Finanzmärkte heute globale Ausdehnung. Die Preise der international gehandelten Waren (Güter auf den Gütermärkten, Finanzdienstleistungen auf den Finanzmärkten) werden folglich auf dem Weltmarkt gebildet, d.h. außerhalb der Reichweite nationalstaatlicher wirtschaftspolitischer Souveränität. Daraus resultiert der von Fritz Scharpf (und anderen) so bezeichnete "Verlust der Zinssouveränität". Die nationalstaatliche wirtschaftspolitische Regulierungskompetenz (auch der Arbeitsmärkte) ist dementsprechend eingeengt. Allerdings ist dieser Verlust an regulatorischer Kompetenz durchaus ungleich verteilt. Die Dependenz vom Weltmarktgeschehen ist asymmetrisch, so daß die arbeitsmarktpolitische "Performance" von Nationalstaaten selbst im hochintegrierten Westeuropa noch unterschiedlich ist. Sie war in einem exportstar-

ken Land wie Deutschland (vor der Einigung!) besser als in Italien oder Irland, ganz zu schweigen von der Situation in Ländern der "Dritten Welt", wo der arbeitsmarktpolitische Spielraum schon wegen der externen Schulden häufig genug sehr gering ist.

Die Internationalisierung der Märkte ist ein Element der Globalisierung des Akkumulationsprozesses, insbesondere in den inzwischen fast fünf Jahrzehnten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Diese Epoche war zweifellos die erfolgreichste in der Geschichte des modernen kapitalistischen Weltsystems, jedenfalls wenn man die durchschnittlichen Wachstumsraten von Sozialprodukt und Welthandel betrachtet (vgl. die Daten von Maddison 1989). Da in der gesamten Phase der Welthandel ungefähr 1,7mal so schnell wie die Weltproduktion zunahm, hat sich die Integration nationaler Ökonomien permanent intensiviert, so daß es inzwischen anachronistisch ist, von "Volkswirtschaften" oder "Nationalökonomie" zu sprechen. Von entscheidender Bedeutung sind die Artikulationsbeziehungen zwischen nationalen und globalen Funktionsräumen, auch hinsichtlich der Nachfrage nach Arbeit auf den - noch wesentlich nationalen - Arbeitsmärkten. Dies ist eine Erkenntnis, die sich auch die CEPAL ("Equidad con Productividad") zueigen macht, um die Effizienz nationaler Ökonomie durch aktive Weltmarktintegration zu verbessern.

Die Dynamik des Akkumulationsprozesses der entwickelten Industrieländer in der Nachkriegszeit verdankt sich einem spezifischen "Akkumulationsmodell" bzw. einer spezifischen "Regulationsweise", die als "fordistisch" bezeichnet worden sind (aus der Breite der Literatur vgl. Hirsch/Roth 1986; Scherrer 1992). Arbeitsproduktivität (Angebot von Waren) und Lohnentwicklung (wichtigstes Element der effektiven Nachfrage) werden darin institutionell so reguliert, daß ihre Steigerungsraten - Massenproduktion erfordert Massenkonsumtion - keine "Unterkonsumtions"situation entstehen lassen. Mikroökonomisch werden die hohen Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität durch die Rationalisierung der Arbeit, durch neue Technologien, aber auch durch enormen Zugriff auf nicht kalkulierte oder zu niedrigen Preisen beschaffbare natürliche Ressourcen ermöglicht (vgl. zur US-amerikanischen Entwicklung Wright 1990). Makroökonomisch wurde die drohende Unterkonsumtionslücke durch keynesianische (nationalstaatliche) Politik der Sicherung effektiver Nachfrage (bei gleichzeitiger institutioneller Absicherung durch die Ausgestaltung des internationalen Währungs- und Handelsregimes) vermieden. In deren Gefolge sind soziale Formen der Kompensation von Belastungen des Arbeitsprozesses und der natürlichen Umwelt, der äußeren und der inneren Natur (Gesundheit) durch Geldzahlungen entstanden; der moderne Sozialstaat ist also in das Akkumulationsmodell eingebaut und er hat eine ökologische Funktion (Altvater 1992). Von der Funktionsfähigkeit dieses Modells (dieses "Korrespondenzverhältnisses", wie es in der Terminologie der Regulationstheorie heißen würde) hängt der soziale Frieden ab, und in seinem Rahmen definiert sich das "Normalarbeitsverhältnis".

Jedoch reicht es nicht aus, die Entwicklung der Industrieländer nach dem

Zweiten Weltkrieg als einen systemisch intelligenten Prozeß der Errichtung eines institutionellen Netzwerks zur Garantie der "fordistischen" Gleichung von Lohn- und Produktivitätssteigerungen zu interpretieren. Denn nicht die Lohnstückkosten sind in kapitalistischen Gesellschaften die Kontrollvariable des Akkumulationsprozesses, sondern die Profitrate und die Zinsen. Davon sind die Akkumulationsgeschwindigkeit und mit ihr das ökonomische Wachstum und der Beschäftigungsgrad abhängig. Die (makroökonomische) Profitrate ist aber das Produkt von Kapitalproduktivität und Profitquote (gemessen am Sozialprodukt). Folglich sind nicht nur die komplementäre Entwicklung von Massenproduktion und Massennachfrage, d.h. von Arbeitsproduktivität und Arbeitslohn entscheidend sondern auch die Tendenzen der Kapitalproduktivität. Ihre Zuwachsraten sind in den meisten großen Industrieländern im Zeitraum 1950 - 1973, also bis zum Ausbruch der "Ölpreiskrise", positiv, danach aber negativ.

Da die negativen Zuwachsraten der Kapitalproduktivität nicht durch eine Erhöhung der Profitquote kompensiert werden konnten, ist schon seit den 60er Jahren in den Industrieländern eine fallende Tendenz der Profitraten feststellbar (z. B. Chan-Lee/Sutch 1985; Armstrong/Glyn/Harrison 1991, S. 182ff). Der Rückgang wird von der OECD in erster Linie auf die sinkende Kapitalproduktivität zurückgeführt (OECD, Economic Outlook, December 1984, S. 64). Dieses Resultat wiederum ergibt sich wegen der schnelleren Zuwachsrate der Kapitalintensität im Vergleich zur Arbeitsproduktivität. Dafür sind sowohl technologische Bedingungen verantwortlich (der technische Fortschritt ist nicht "Harrod-neutral", d.h. die Arbeitsproduktivität steigt nicht im Maße wie der Kapitaleinsatz pro Arbeitskraft, so daß die Kapitalproduktivität sinkt) als auch die zeitweise Verknappung von Ressourcen bzw. deren Preissteigerung wie nach den "Ölpreisschocks" von 1973 und 1979.

Wenn man keynesianische Überlegungen übernimmt, dann hat die tendenziell sinkende Profitrate eine Abnahme der Investitionsneigung zur Folge, sofern der "externe Zins" (der Marktzins) im Vergleich zum "internen Zins" (der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, also der marginalen Profitrate) nicht zurückgeht. In einigen Ländern, zu denen die BRD und Japan in der zweiten Hälfte der 70er Jahre gehören, sinkt tatsächlich der Zinssatz unter die Inflationsrate, so daß negative Realzinsen zu zahlen sind. Dennoch gehen die Investitionen in der BRD zurück (die Investitionsquote sinkt), was nur erklärt werden kann, wenn unterstellt wird, daß die Rentabilitätserwartungen produktiver und beschäftigungswirksamer Investitionen zum Teil noch unterhalb der negativen Realzinsen lagen. Diese Tendenz ist nicht einzigartig, denn in allen Industrieländern verringert sich die Bruttoinvestitionsquote gemessen am Höhepunkt in den 60er Jahren; gleichzeitig steigt der Anteil von Ersatzinvestitionen (gleich den Abschreibungen) an den Bruttoanlageinvestitionen, und zwar mit der Zunahme des in den Produktionsmitteln gebundenen Kapitals (ein Ausdruck der gestiegenen Kapitalintensität). Auch geht die Akkumulationsrate zurück, d.h. der Anteil der Nettoinvestitionen an den Unternehmensgewinnen ist rückläufig. Wenn

obendrein am Ende einer "langen Welle der Konjunktur" die Prozeßinnovationen die Produktinnovationen überwiegen, Investitionen also wesentlich rationalisierenden Charakter haben, können die Konsequenzen für die Nachfrage nach Arbeitskräften nur negativ sein. Die Veränderungen in der Struktur des Akkumulationsmodells haben mithin Auswirkungen auf die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes (vgl. dazu Altvater 1987, S. 221ff): Wachstum und Beschäftigung werden voneinander "entkoppelt".

"Eurosklerose" - Institutionelle Rigiditäten und ihre widersprüchliche Wirkung

Tatsächlich reagierten die Arbeitsmärkte auf diese Situationsveränderung nicht mit der von den Neoklassikern erwarteten Anpassung des Arbeitspreises (der Löhne). Es ist zweifellos richtig, wenn dafür institutionelle Faktoren, also die besondere Regulation des Systems der industriellen Beziehungen, wie es sich in unterschiedlicher Weise in den westeuropäischen Ökonomien in den vergangenen Jahrzehnten herausgebildet hat, verantwortlich gemacht werden. Der Anhebung der Profitquote zur Kompensation des Rückgangs der Kapitalproduktivität sind tatsächlich institutionelle Barrieren gesetzt, auch wenn sie in der BRD von 34,8% (1974/79) auf 37,2% (1980/88) und im OECD-Durschnitt in den entsprechenden Zeiträumen von 31,8% auf 33,0% angestiegen ist (OECD, Economic Outlook December 1990: 5; 1992: 16). Jedoch berücksichtigt die neoklassische Argumentation mit den institutionellen Rigiditäten ("Eurosklerose") als Hindernis der Wachstumsbeschleunigung nicht, daß es gerade die Regulation des Systems der industriellen Beziehungen - zumindest in der BRD - ist, die für die Höhe der Produktivitätssteigerungen und damit für die internationale Wettbewerbsfähigkeit auf globalisierten Märkten verantwortlich ist. Lohnsenkungen können daher nicht nur eine positive Wirkung auf die Profitquote ausüben, sondern auch eine negative Wirkung auf die Arbeitsproduktivität und daher auf die Profitrate. Dies ist auch als Argument von Hélio Jaguaribe für eine "revalorisacao dos salários" angeführt worden (Jaguaribe, Brasil 2000, 1986). Auch die Vernachlässigung der Qualifikation zur Senkung der Arbeitskosten wirkt sich negativ aus, wie Krugman (1990) für die USA gezeigt hat : Die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Ökonomie verschlechtert sich. Daher sind die neoklassischen Antworten auf die in den 70er Jahren entstandene Situation einer Krise der fordistischen Regulationsweise höchst einseitig und mittelfristig kontraproduktiv, zumal ein anderer Ausweg in den 70er und 80er Jahren gewählt wird: die Internationalisierung des fordistischen Akkumulationsmodells.

Es bildet sich eine "neue internationale Arbeitsteilung" zwischen einem "vollständigen Fordismus" in den Industrieländern und einem "bloody Fordism" (Lipietz 1987) in den Ländern der sog. "Dritten Welt" heraus. Holzschnittartig kann diese folgendermaßen charakterisiert werden (genauer vgl. Gordon 1989; Crow, Thorpe et al 1988; Altvater 1992): In den Industrieländern bleiben diejenigen Produktionsprozesse (bzw. Abschnitte

derselben), die auf den Einsatz qualifizierter Arbeitskraft zur Erzielung hoher Produktivitätsfortschritte angewiesen sind. In die Länder der Peripherie hingegen werden diejenigen Arbeitsprozesse "ausgelagert", die auf Standardtechnologien zurückgreifen können und vergleichsweise wenig qualifizierte und daher billige Arbeitskraft erfordern. Die These vom "Produktzyklus" hat also eine gewisse Relevanz für die Dynamik der internationalen Arbeitsteilung. Die Unvollständigkeit oder auch "Bastardform" (Lipietz 1987) des Fordismus in den Ländern der "Dritten Welt" ergibt sich zum einen aus der Nichtkomplementarität von Branchenstrukturen, Produktionsprozessen, öffentlicher Infrastruktur und privater Produktion, zum anderen aus der Mangelhaftigkeit der sozialen Regulationsformen: Das "Normalarbeitsverhältnis" in der Peripherie ist mit den ökonomischen, politischen und technischen Erfordernissen des Reproduktionsprozesses nicht kompatibel. Dies betrifft die Regulation des Lohnverhältnisses ebenso wie des Arbeitsverhältnisses (hinsichtlich von Kontinuität, Qualifikation, Konfliktregulation, Entlohnungshöhe und -formen) oder des Geldes (hinsichtlich der Stabilität seines Wertes im intermonetären Vergleich mit anderen Währungen). Daraus wiederum resultieren Entwicklungsblockaden innerhalb einer globalisierten Ökonomie, die eine fatale Konsequenz zeitigen.

Die Wirkung der Zinssteigerung auf den "Faktor Arbeit"

Zur Vervollständigung der industriellen Strukturen, d.h. zur Imitation des fordistischen Akkumulationsmodells der entwickelten Industriegesellschaften, nehmen viele der Länder der "Dritten Welt" externe Kredite auf, beginnen also in den 70er Jahren den Prozeß der "verschuldeten Industrialisierung", als die internationalen Zinsen nicht zuletzt wegen der Investitionsschwäche in den Industrieländern (und der daraus resultierenden verringerten Nachfrage nach Investitionskrediten bei gleichzeitig hoher Bankenliquidität) sehr niedrig sind. Bekanntlich endet dieser Versuch für die Mehrzahl der Drittweltländer in der Schuldenkrise, die inzwischen alle Industrialisierungs- und Modernisierungshoffnungen frustriert hat (vgl. Altvater 1991 und die dort angegebene Literatur). In den entwickelten Ländern wiederum bewirken die sinkende Kapitalproduktivität (und die steigende Kapitalintensität) einen Bedeutungszuwachs der Kapitalkosten im Vergleich zu den Lohnkosten im Rahmen neuer Managementstrategien. Dies hat zum einen eine Reorientierung der Kapitalflüsse von den Billiglohnländern in die Metropolen oder deren unmittelbare Peripherie zur Folge, also eine gewisse Revozierung der Tendenzen der internationalen Arbeitsteilung, wie sie in den 70er Jahren initiiert und von vielen Autoren (z.B. Fröbel/Kreye/Heinrichs 1987) beschrieben wurde.

Zum anderen ergeben sich Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte in den Industrieländern. Erstens steigt die Zinsabhängigkeit von Produktionsprozessen, jedoch ohne deshalb einen gemäß neoklassischer Produktionsfunktionen zu erwartenden Übergang zu arbeitsintensiveren Technologien zu provozieren. Denn angesichts der internationalen Konkurrenz sind die

technologischen Standards und damit auch das Minimum von Kapitalintensität extern vorgegeben. Managementstrategien konzentrieren sich infolgedessen eher auf alle diejenigen Sektoren und Abschnitte des Produktionsprozesses, wo Kapital und damit Zinskosten gespart werden können: bei der Lagerhaltung, bei den Zirkulationskosten, beim Cash-Management etc. Die härter werdende Budgetrestriktion hoher Zinsen verstärkt zweitens den Druck auf die Arbeitskosten: Wenn die individuellen Löhne wegen der institutionellen Verhältnisse bei der Lohnbildung nicht gesenkt werden können, dann aber die Lohnsummen durch Mechanismen der Arbeitsintensivierung und Arbeitseinsparung. Dadurch ergeben sich Negativwirkungen auf die Nachfrage nach Arbeit auf den jeweiligen Teilarbeitsmärkten. Wohlgemerkt, die Tendenz der Kosteneinsparung beim Faktor Arbeit entsteht nicht wegen hoher Löhne, sondern infolge hoher Zinsen, die neue Managementstrategien zur Steigerung der Rentabilität (der "Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals") provozieren (dazu Altvater/Mahnkopf 1993).

Bei sehr hohen Realzinssätzen in den 80er Jahren (Atkinson und Chouraki 1985) und Nettozinszahlungen, die schneller als die Nettobetriebsüberschüsse (net-operating-surplusses) wachsen (Chan-Lee und Sutch 1985: 152ff.), erhöht sich der Marktwert von Firmen langsamer als der Nettokapitalstock ("Tobin's q" sinkt also) und der Anreiz, in Realkapital zu investieren, verliert an Wirksamkeit (Tobin 1969). Finanzanlagen sind lukrativer als Realinvestitionen, wenn "Tobin's q" kleiner als 1 ist.. Die Entwicklung dieser Maßzahl sagt also etwas darüber aus, welche Dynamik der Akkumulationsprozeß nimmt. Chan-Lee (1986) zeigt, daß in allen entwickelten kapitalistischen Ländern "Tobin's q" gefallen ist (die Datenbasis freilich ist relativ beschränkt). Eine Konsequenz dieser Entwicklung ist die Notwendigkeit, in der Analyse von Wachstum und Beschäftigung die "fordistische Gleichung" zwischen Produktivitätswachstum und Lohnentwicklung um die Entwicklung der Zinsrate zu ergänzen. *Verteilungstheoretisch* und -politisch heißt dies, daß es nicht nur um die Verteilung zwischen Löhnen und Profiten, sondern auch um diejenige zwischen Profiten und Zinsen geht. Dieser Frage widmet sich Marx ausführlich im Kapitel über das "zinstragende Kapital" (Fünfter Abschnitt des 3. Bandes des Kapital, MEW Bd. 25). Auch in der keynesianischen Tradition spielt die Zinsentwicklung eine bedeutsame Rolle; Keynes selbst ging von einer Annahme aus, die derzeit nicht mehr gültig ist: Daß nämlich der Nationalstaat fähig sei, die Zinsentwicklung zu steuern "to that point, relatively to the schedule of the marginal efficiency of capital at which there is full employment" (Keynes 1936, S. 376), und daß zumindest durch die "euthanasia of the rentier and consequently the euthanasia of the cumulative oppressive power of the capitalist to exploit the scarcity value of capital" (Keynes 1936, S. 376) die Realinvestitionen stimuliert werden könnten.

Heute jedoch ist eine fühlbare Senkung der Zinsraten, um die Differenz zwischen ihnen und der "marginal efficiency of capital" ins Negative zu verkehren, unmöglich, weil der Nationalstaat, wie bereits erwähnt worden ist, die "Zinssouveränität" verloren hat und die Zinsen als eine exogene

Variable für die nationale Wirtschaftspolitik und für die Unternehmensentscheidungen akzeptiert werden müssen. Diese Entwicklung kann auch als Tendenz der Entkopplung von realer und monetärer Akkumulation interpretiert werden (dazu Altvater 1991, 3. Kapitel). Es hat sich der "Casinokapitalismus" (Strange 1986) herausgebildet, der insbesondere in dem letzten Viertel der 80er Jahre in den USA mit feindlichen Unternehmensübernahmen etc. zu einer enormen Vernichtung von qualifizierten Arbeitsplätzen geführt hat. Die Rede vom "Beschäftigungswunder" in den USA unter Reagan unterschlägt gerade diesen für die mittel- und langfristige Entwicklung so bedeutsamen Aspekt (Krugman 1990). Man könnte auch die Schlußfolgerung aus dieser Tendenz ziehen, daß am Ende des fordistischen Akkumulationsregimes mit der intervenierenden Variable der international gebildeten und daher nationalstaatlich vorgebenen Zinssätze zwar die "fordistische Gleichung" nicht mehr gilt, aber eine neue, stabile Regulationsform noch nicht entstanden, kompatible soziale und ökonomische Verhältnisse (eine "stabile Normalität") noch nicht herausgebildet sind.

Deformalisierung der Arbeit

Für die Veränderung von Regulierungsmodi nationaler Arbeitsmärkte gibt es viele Indizien: die verschiedenen Formen "prekärer Beschäftigung" von Leiharbeit bis zur Ausweitung von "non wage employment", also der Zahl der "neuen Selbständigen"; von der "Entgewerkschaftlichung" bis zu jenen Tendenzen, den mit dem Fordismus aufgeblühten Sozialstaat zurückzuschrauben, also nicht nur die Flexibilisierungsreserven auf dem Arbeitsmarkt zwischen den Vertragsparteien (oftmals unter Ausschluß der Gewerkschaften als Tarifpartner) zu mobilisieren, sondern auch den gesetzlichen Rahmen zu entsozialisieren, sprich: zu "deregulieren".

Es sorgen freilich nicht allein die erwähnten ökonomischen Entwicklungen, sondern gleichermaßen produktionstechnische Neuerungen für einen "Innovationsdruck" auf "interne Rigiditäten" der institutionellen Organisation von nationalstaatlich regulierten Arbeitsbeziehungen: Durch den vermehrten Einsatz von Mikroelektronik in flexiblen Fertigungs- und Dienstleistungssystemen wird die betriebliche Elastizität, die bislang durch menschliche Arbeitskraft zu garantieren war, zumindest in Teilbereichen auf technische Einrichtungen verlagert. Damit verbinden sich historisch gänzlich neuartige Möglichkeiten der räumlichen und zeitlichen Entkopplung von Mensch-Mensch- und von Mensch-Maschine-Systemen. Techniken hoher Elastizität können heute dazu genutzt werden, die Bindungen der Produktion an starre Arbeitszeitregelungen von Tarifverträgen, Arbeitszeitordnungen und Geschäftszeiten zu lockern. Institutionelle Ordnungsmuster, die unter diesen Bedingungen an einem "aus der Präsenz am zentralisierten Arbeitsplatz abgeleiteten Arbeitszeitbegriff festhalten", erscheinen - so eine weitverbreitete Interpretation der sogenannten "Dritten Technologischen Revolution" - als störende "Entkopplungsgrenzen", die einen technologisch möglichen Entwicklungssprung "blockieren". Hinzu kommt eine Entwick-

lung, die für alle Industrieländer und zum Teil auch für Entwicklungsländer bezeichnend ist: Einmal die tendenzielle Tertiarisierung von Ökonomie und Beschäftigungssystem und zum anderen, aber damit zusammenhängend, eine Informalisierung der Arbeit: Rückgang der Vollzeitbeschäftigung und Zunahme von "a-typischen Beschäftigungsformen".

Die erstgenannte Tendenz drückt sich in der Zunahme von Beschäftigten im Dienstleistungssektor aus, handele es sich dabei um die Ausweitung privater oder öffentlicher Dienste. Dieser Sachverhalt läßt sich auch als ein Prozeß der "Deindustrialisierung" beschreiben. Indiziert wird dies durch einen in nahezu allen OECD-Ländern seit Beginn der 70er Jahre beobachtbaren Rückgang der Beschäftigung im industriellen Sektor. Allerdings ist dieser Trend in einigen Ländern (insbesondere in den USA, Kanada und Großbritannien) sehr viel stärker ausgeprägt als in anderen, insbesondere in Japan und in der (alten) Bundesrepublik (vgl. Coriat/ Petit 1991).

Daß der tertiäre Sektor vor allem in den USA wesentlich größer als etwa in der Bundesrepublik und daher die industrielle Beschäftigung in der BRD noch - bezogen auf die Gesamtbeschäftigung - sehr viel höher ist als in den USA, hat freilich auch damit zu tun, daß viele produktionsorientierte Dienstleistungen in den USA selbständig und außerhalb des industriellen Sektors durchgeführt werden. In Deutschland hingegen hat die Ausgliederung produktionsbezogener Dienstleistungen gerade einmal begonnen. Auch bei niedrigem Wachstum können die Dienstleistungssektoren zunächst noch expandieren, da deren Produktivität trotz Informatik und Computerisierung unterdurchschnittlich ist, die Zuwachsraten sogar phasenweise negativ gewesen sind. In der Zukunft jedoch mag sich dies ändern; dann wird auch der tertiäre Sektor von der im sekundären und primären Sektor wirksamen Freisetzungsdynamik erfaßt. (vgl. Zinn 1993, 6).

Das läßt sich exemplarisch an den Schattenseiten des lange Zeit gerühmten "Beschäftigungswunder" im Dienstleistungssektor der USA studieren: Es wurde nicht nur durch die niedrigen Produktivitäten, sondern auch mit niedrigen Löhnen und prekären Arbeitsverhältnissen erkauft. Dieser Preis gilt mittlerweile selbst wirtschaftsliberalen Verfechtern einer "Tertiarisierung der Ökonomie" als entschieden zu hoch. So begründet etwa der renommierte Managementforscher Peter Drucker sein Plädoyer für eine "Produktivitätsrevolution" im Bereich der Dienstleistungstätigkeiten mit der Gefahr eines neuen "Klassenkampfes": "...the income of unskilled and semiskilled service workers could continue to fall in relation to the steadily rising wages of affluent knowledge workers. But this would lead to an even wider gulf between the two groups as well as to increase polarization." "At a minimum, this raises the prospect of economic stagnation; more ominously, it raises the prospect of social tensions unmatched since the early decades of the Industrial Revolution" (Drucker 1991: 78).

Doch nicht allein in den USA steht die Beschäftigungsausweitung im Dienstleistungssektor für die Verbreitung von a-typischen, rechtlich weniger oder gar nicht geschützen Beschäftigungsverhältnissen mit vergleichsweise geringeren Qualifikationsanforderungen und schlechter Be-

zahlung. Auch innerhalb der EG geht die Verlagerung der Beschäftigung weg vom verarbeitenden Gewerbe hin zu den Dienstleistungsbranchen mit einer Ausweitung von irregulären Beschäftigungsverhältnissen - mit keineswegs immer freiwilliger Teilzeitarbeit (insbesondere im Gesundheitswesen, im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Handel), mit "geringfügiger" und mit zum Teil sehr kurzfristiger Beschäftigung einher. In Großbritannien z. B. stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten von 30% (1980) auf 40% (1992) und derselbe Trend läßt sich auch in vielen anderen europäischen Ländern beobachten (vgl. ILO 1992). Teilzeitig arbeiten in allen europäischen Ländern in erster Linie die Frauen; sie stellten im Jahr 1987 in den Niederlanden, in Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Belgien und Westdeutschland zwischen 70% und 90% aller Teilzeitbeschäftigten. Der Anteil "unfreiwilliger Teilzeitarbeit", also jener der Beschäftigten, die teilzeitarbeiten, weil sie keine Vollzeitbeschäftigung fanden, wurde für die alte Bundesrepublik des Jahres 1989 auf 11% bei den Frauen und 28% bei den Männern geschätzt; die Zahl der Frauen, die vielleicht eine Vollzeitarbeit gewünscht hätten, mangels eines solchen Arbeitplatzes und angesichts ihrer familiären Belastungen die eigenen Arbeitszeitpräferenzen aber im Laufe der Zeit revidiert haben, dürfte freilich sehr viel höher liegen. Hinzu kommt die Ausweitung "geringfügiger Beschäftigung", bei der der Arbeitgeberbeitrag für die Sozialversicherung entfällt; überproportional ist deren Anteil in Klein- und Kleinstbetrieben des produzierenden Gewerbes, vor allem aber in vielen Dienstleistungsbranchen; dies gilt insbesondere für die Bereiche Gaststätten, Wäschereien, Gebäudereinigung,Einzelhandel und zunehmend für die im sozialen Bereich und in privaten Haushalten beschäftigten Frauen. Zugenommen haben während der zweiten Hälfte der 80er Jahre aber vor allem die befristeten Arbeitsverhältnisse und die Leiharbeit: Nach Angaben der ILO (1992) waren die Hälfte und mehr aller in den 80er Jahren abgeschlossenen Beschäftigungsverhältnisse in Frankreich, (West-)Deutschland, den Niederlanden, Luxemburg und Spanien befristet. In der Zeit von 1982-1987 verdoppelte sich in der alten BRD die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse; in Griechenland, Spanien und Italien nahm ihre Verbreitung noch sehr viel stärker zu (ebenda).

Ausdruck der "Informalisierungstendenz" der Arbeit sind aber insbesondere Schwarzarbeit, "economia sommersa", "moonlighting", Heimarbeit, Scheinselbständigkeit etc.. Informell sind diese Arbeiten banalerweise, weil sie nicht förmlich sind, d.h. weder tarifvertraglich und somit gewerkschaftlich geschützt sind, weil sie in der Regel außerhalb des Sozialleistungssystems, also in hohem Maße dereguliert durchgeführt werden. "Deregulierung" in diesem Sinne ist nichts anderes als eine "Deformalisierung" der Arbeit. "Unterhalb" der formellen Arbeit expandieren der Bereich informeller Arbeit und - speziell in den Entwicklungsländern - der Subsistenzsektor.

Neue Arbeitskräftemigration und Gewerkschaften

Der Strukturwandel auf den europäischen Arbeitsmärkten, der begleitet ist

von industriellen Restrukturierungsprozessen hin zu "flexibler Spezialisierung" und zur dezentralen Produktion in kleineren Einheiten, der mit einen Bedeutungsverlust des industriellen Sektors und mit einer Tertiarisierung der Ökonomie einhergeht, bewirkt nicht allein Deformalisierungs- und Informalisierungstendenzen auf den sozial- und arbeitsrechlich geschützen primären Arbeitsmärkten. Mit der Ausbreitung "post-fordistischer" Produktions- und Dienstleistungsstrukturen korrespondiert zugleich eine Ausdehnung der sekundären, "informellen Arbeitsmärkte" - in der Bekleidungsindustrie, der Fischerei, im Gaststättengewerbe, in der Baubranche und in der Landwirtschaft, bei den häuslichen Dienstleistungen und in der Gesundheitsversorgung. Die Informalisierung ganzer Branchen und Tätigkeitsfelder - auch diese Entwicklung wurde am US-amerikanischen Beispiel bereits vorgeführt - übt aber zugleich eine Sogwirkung (die Migrationsforschung spricht hier von "Pull-Effekten") auf eine wachsende Zahl von Nicht-EG-Bürger aus. Zugleich treiben "Push-Effekten" in ihren Herkunftsländern - Hungersnöte, Kriege, Bürgerkriege, Umweltzerstörungen oder die desaströsen Folgen der Verschuldungskrise in der ehemaligen "Dritten Welt" und die Desintegrationsprozesse in der ehemaligen "Zweiten Welt" - zunehmend mehr Menschen in die reichen, nördlichen genauso wie in die armen, südlichen Länder und d. h. in Länder mit hohen und solche mit niedrigen Arbeitslosigkeitsquoten. Auf der Suche nach vergleichsweise besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen dringen politische Flüchtlinge und Migranten aus dem Süden und Osten, die ihrer ökonomischen oder ökologischen Existenzbedingungen beraubt wurden, in jene Öffnungen, die der Strukturwandel auf den europäischen Arbeitsmärkten schafft - in jene Bereiche, die wegen ihrer Arbeits-und Entlohnungsbedingungen für einheimische Arbeitskräfte kaum noch attraktive Beschäftigungschancen bieten. Weil jedoch mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes ein Teil der internationalen Migration zu einer internen Bewegung wird und daher, wer die "äußeren Grenzen" der Staatengemeinschaft überschritten hat, in die reichen Kernländer vorstoßen kann, erhöhen alle Mitglieder der "entgrenzten" Gemeinschaft ihre Eintrittsbarrieren. Die Folge davon ist, daß die Flüchtlinge, Immigranten und Wanderarbeiter in illegale Beschäftigungsverhältnisse des informellen Sektors abgedrängt werden. Dort aber müssen sie Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen akzeptieren, die weit unter den für einheimische Arbeitskräfte akzeptablen Standards liegen.

Das unterscheidet die neue grenzüberschreitende Arbeitskräftemigration aus den Ländern der südlichen Hemisphäre und aus den Ländern Zentral- und Osteuropas von den "alten", innereuropäischen Migranten, die in den 50er und 60er Jahren aus den ärmeren südeuropäischen Ländern in die reichen industrialisierten Kerne des Nordens kamen. "Gepusht" durch eine zunehmend rigidere Einwanderungspolitik der EG-Länder mündet die derzeit stattfindende Migration von außer- und osteuropäischen Arbeitskräften zu großen Teilen in die informelle Sektoren der sekundären Arbeitsmärkte. Die frühere Wanderungsbewegung basierte hingegen auf einer wachsenden Nachfrage nach Arbeitskräften für die industrielle Produktion. Mit dem

Schrumpfen industrieller Arbeitsplätze schwanden zugleich auch früher gegebene Möglichkeiten der sozialen Integration von Immigranten: Bot die Beschäftigung in den industriellen Zentren relativ stabile Beschäftigungsverhältnisse, so ist die Beschäftigung im informellen Sektor in der Regel instabil und häufig von recht kurzer Dauer; sie ist mit einem wesentlich geringeren Grad an territorialer (Wohnort)Stabilität verbunden und bietet folglich auch geringere Möglichkeiten, kulturelle Differenzen, Widersprüche und ethnische Konflikte durch Formen horizontaler Solidarität auszubalancieren. Waren es damals eher gering qualifizierte Arbeitskräfte (aus ländlichen Regionen), für die die Beschäftigung in den prosperierenden Industriebranchen der europäischen Kernländer einen kleinen sozialen Aufstieg - meist in der zweiten und dritten Generation - ermöglichte, so verfügt ein Großteil der derzeit 8 Millionen legalen Einwanderer und der auf 4 Millionen geschätzten illegalen Migranten und Pendler aus Nicht-EG-Staaten über eine solide handwerkliche Ausbildung oder sogar über höhere Bildungsabschlüsse - mithin über "Humanressourcen", die (zumal wenn sie unter illegalen Bedingungen eingesetzt werden) eine ernsthafte Bedrohung der Konkurrenzposition geringer qualifizierter einheimischer Arbeitskräfte darstellen.

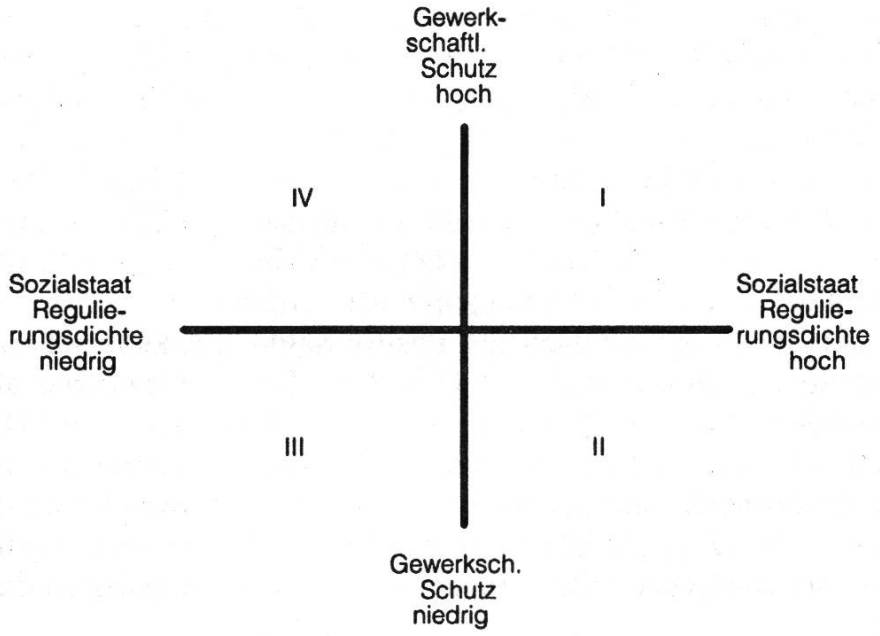
Aus der Perspektive der westdeutschen Unternehmen zum Beispiel handelt es sich dabei um einen durchaus erwünschten, weil eben kostenlosen "Zufluß von Humankapital", aus der Perspektive der Herkunftsländer der Migranten hingegen um einen volkswirtschaftlich gravierenden Verlust, gehen doch auf diese Weise bereits geleistete Ausbildunginvestitionen verloren. Kein Wunder daher, wenn die gesamtwirtschaftlichen Effekte der jüngsten Zuwandererwelle in die Bundesrepublik als ein eindeutiger "Gewinn für Staat und Wirtschaft" ausgewiesen wird: Von den 3,6 Millionen Menschen, die in der Zeit von 1988 bis 1991 nach Westdeutschland gewandert sind, fanden bis zum Jahresende 1991 1,3 Millionen einen Arbeitsplatz und sie hatten selbst noch weiteren 85.000 Personen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ermöglicht. Demnach hat die Zuwanderung die Arbeitslosenquote des Jahres 1991 um 0,2 Prozentpunkte gesenkt; sie hat dazu beigetragen, die jährliche Wachstumsrate, die ohne die Zuwanderung bei 2,5% gelegen hätte, auf 3,8% zu steigern; und sie hat allein für 1991 eine Entlastung der öffentlichen Haushalte von rund 14 Milliarden DM erbracht. Berechnet auf der Grundlage der Bildungsausgaben je Einwohner in der BRD bedeutete die Zuwanderung der Jahre 1988 bis 1991 einen "Zufluß an Humankapital" in der Höhe von knapp 6 Milliarden DM.

Was sich makroökonomisch als Positiv-Saldo grenzüberschreitender Arbeitskräftemigration darstellen läßt, enthält für die Gewerkschaften in den Einwanderungsländern jedoch ein schier unlösbares Dilemma. Dies gilt zumindest solange, wie die eklatanten sozialen Ungleichheiten im globalen Maßstab fortbestehen und gleichzeitig eine rigide Einwanderungspolitik Arbeitssuchende aus Nicht-EG-Staaten in die engen Grenzen des informellen Sektors sekundärer Arbeitsmärkte bzw. in die deformalisierten Bereiche

der primären Arbeitsmärkte zwingt. Um gewerkschaftliche Formen horizontaler Solidarität zu verteidigen, sind die Gewerkschaften gezwungen, auf möglichst hohen Beschäftigungsstandards zu bestehen, Strategien der Aufqualifizierung zu verfolgen und - so weit es in ihren Kräften steht - eine Flexibilisierung der Löhne nach unten zu verhindern. Das kann und wird ihnen jedoch den berechtigten Vorwurf eintragen, eine protektionistische Abschließung der primären Arbeitsmärkte gegenüber Arbeitsmigranten zu betreiben, die in Ermanglung anderer Alternativen zu lohn- und standarddrückender Konkurrenz gezwungen sind. Die heute in vielen Ländern Europas bereits sichtbaren Folgen einer solchen Strategie aber sind Formen der "Solidarität", die sich entlang ethnischer und nationaler Zugehörigkeit organisieren. "In fact, insistence on high general standards of employment, although initially motivated precisely by egalitarian concerns, could in such a situation easily be construed - and already frequently is - as sexist or xenophobic, with employers presenting themselves as advocates of equal opportunity and full employment for women and migrant workers from foreign countries" (Streeck 1990: 10f).

Alle die bisher angesprochenen Tendenzen zielen auf eine Zurückdrängung der "Logik der Arbeit" zugunsten derjenigen des Marktes: den äußeren Restriktionen der internationalen Konkurrenz werden Beschäftigungsformen, Betriebs- und Arbeitszeiten, die Arbeitsorganisation und Lohnsysteme und -niveau anzupassen versucht. Schematisch wäre diese Tendenz in einem Vier-Quadranten-Schema abzubilden, in dem auf der Abszisse das Ausmaß des gewerkschaftlichen Schutzes, indiziert anhand des Organisationsgrades oder des Ausmaßes der tarifvertraglichen Erfassung der ArbeitnehmerInnen, und auf der Ordinate die sozialstaatliche Regulierungsdichte des Arbeits- und Lohnverhältnisses abgetragen sind:

Deformalisierung der Arbeit



Im Quadranten I befinden sich jene Länder (und Sozialsysteme), in denen das Lohnarbeitsverhältnis in hohem Maße sozialstaatlich und durch die Gewerkschaften tarifvertraglich geregelt ist. Hier wären die Länder Nord- und Mitteleuropas zu verorten, die bis zu Beginn der Deregulierungstendenzen in den 70er Jahren durch eine spezifisch "sozialdemokratische Kultur" (vgl. Buci-Glucksmann/ Therborn 1982) geprägt waren. Der Quadrant II, gekennzeichnet durch hohe staatliche Regelungsdichte, aber geringe gewerkschaftliche Kompetenz, ist den ehemals realsozialistischen Gesellschaften vorbehalten. Im dritten Quadranten sind alle jene Gesellschaften mit schwachen Gewerkschaften und schwachem bis nicht existentem Sozialstaat einzuordnen, die vor allem in den südlichen Ländern in Afrika, Lateinamerika, Asien, aber auch in den USA (seit der Zeit der Reagan-Admistration) zu finden sind. Der Quadrant IV bezeichnet einen für einige südeuropäische Länder (insbesondere aber für Italien) typischen Sachverhalt bis gegen Ende der 70er Jahre: ein schwacher Sozialstaat, unvollkommen ausgebildete Systeme der staatlichen Sozialleistung, und gleichzeitig zumindest bereichsweise starke Gewerkschaften in der Gesellschaft.

Es ist weniger die Zuordnung interessant, der immer etwas Willkürliches anhaftet, als die Tendenzen der Entwicklung. Dabei ist eine dominant, nämlich die Bewegung fort aus dem Quadranten I, weg von den sozialen Regelungsinstanzen der "fordistischen Gleichung". Freilich ist diese Tendenz - Abbau und Umbau des Sozialstaats, Schwächung der Gewerkschaften - keineswegs eindeutig und einheitlich. Sie verläuft partiell und segmentiert und bedeutet daher mit der Auflösung der "Einheitlichkeit" der Lebens- und Arbeitssituation der Lohnabhängigen die Erzeugung neuer "cleavages"/Spaltungen, auf die es keine leichte gewerkschaftsorganisatorische Antwort gibt.

Auch in der Bundesrepublik geht es heute um eine Flexibilisierung des Tarifvertragssystems und diese verlangt nach einer Dezentralisierung der Arbeitsbeziehungen, wie sie in anderen europäischen Ländern längst Realität geworden ist. Die Chancen für eine "nachholende" Unterminierung des etablierten Systems der "industrial relations" sind nach der deutschen Vereinigung zweifellos so günstig wie nie zuvor. Denn angesichts der ausweglosen Situation in vielen ostdeutschen Betrieben und der katastrophalen Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern lassen sich Forderungen nach einer stärker differenzierten Lohnentwicklung oder sogar eine Aushebelung von Flächentarifverträgen sehr viel leichter realisieren als dies zuvor in Westdeutschland der Fall war. Insofern ist es eben kein Zufall, daß die weitreichenden Vorschläge der "Deregulierungskommission", die sich mit denen des Sachverständigenrats im Prinzip decken, in der Argumentation der ostdeutschen Arbeitgeber während der Tarifauseinandersetzung in der Metalllindustrie im Frühjahr 1993 wieder auftauchen und die Rechtfertigung der Kündigung der im Jahre 1991 abgeschlossenen Tarifverträge abgeben.

Doch auch die Herstellung des europäischen Binnenmarkts und die Internationalisierung nationaler Ökonomien durch deren Integration in den

Weltmarkt haben die gleichen deformalisierenden Wirkungen auf das Lohn- und Arbeitsverhältnis. Denn da die europäische Integration in erster Linie die Herstellung der "vier Grundfreiheiten" (Mobilität des Kapitals, Freizügigkeit der Arbeit, freier Warenverkehr, Freiheit der Dienstleistungen) betreibt und nicht etwa die Europäisierung sozialer Bürgerrechte, entsteht ein harter Anpassungsdruck des europäisch integrierten ökonomischen Systems auf die nationalen Systeme der industriellen Beziehungen, die - damit sie diesem Druck zu folgen vermögen - flexibel reagieren müssen und zu diesem Zweck von "institutionellen Rigiditäten" befreit werden sollen.

Die Öffnung Osteuropas nach dem Kollaps des Realsozialismus verstärkt diese Tendenz, da jenseits von Oder und Neusiedler See ein weitgehend deregulierter Sozialraum entstanden ist. Mit dem Ende der realsozialstischen Staatlichkeit verlagerten sich die Regulationsformen von Arbeit und Lohn sofort in den Quadranten III. Es dürfte noch eine geraume Zeit der "Resozialisierung" ökonomisierter Markt- und Sozialbeziehungen dauern, ehe der Druck auf soziale Regulierungen im Westen - einerseits durch die illegale Arbeitskräftemigration, andererseits durch die Standortkonkurrenz - geringer wird. Daher dürfte der Sachverständigenrat nicht unrecht haben, wenn er resümiert: "Der Übergang zum europäischen Binnenmarkt wie auch die marktwirtschaftliche Öffnung Osteuropas ändern den Rahmen für die Tarifpolitik. Kapital wird mobiler, so daß sich die Tarifpolitik stärker als je zuvor in den Wettbewerb der Standorte eingebunden sehen wird" (Jahresgutachten 91/92: 196, Ziff. 366). Es entsteht also ein Europa der "Marktbürger", deren Gratifikationen über Marktprozesse "leistungsgerecht" verteilt werden. Andere Prinzipien der Verteilung, z.B. gemäß den individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen oder nach dem Prinzip einer Unterprivilegien kompensierenden Tarifpolitik der Ungleichheit werden in den Hintergrund gedrängt.

Eine Internationalisierung der Arbeitsmärkte?

Die Interpenetration der nationalen Ökonomien (zumal im OECD-Bereich) ist bislang durch den Warenhandel, durch die Internationalisierung des produktiven Kapitals in Form von Direktinvestitionen (dazu: OECD 1990) und, besonders effizient, durch die Internationalisierung des "zinstragenden Kapitals" (des Kreditsystems) erfolgt. Die Integration der nationalen Ökonomien in die Weltwirtschaft ist im Verlauf dieses Prozesses also intensiver geworden; dadurch ist ein Gutteil der je nationalstaatlichen Regulationskompetenz absorbiert worden, so daß tatsächlich von einem Primat der Ökonomie (des globalen Raums) gegenüber der Politik (der nationalen Sphäre) gesprochen werden kann. Allerdings ist dieser Prozeß keineswegs widerspruchsfrei. Und einer der für das hier zu behandelnde Thema zentralen Widersprüche ist derjenige zwischen der Globalisierung der Waren-, Kapital- und Finanzmärkte einerseits und dem immer noch weitgehend nationalen Charakter von Arbeitsmärkten andererseits.

Wenn die Nachfrage nach Arbeit in der Hierarchie der Märkte durch die

Güter- und Finanzmärkte bestimmt wird, dann sind es die globalen Verhältnisse, die die "performance" nationaler Arbeitsmärkte beeinflussen. Dies wäre sicherlich kein gravierendes Problem, wäre nicht die kapitalistische Weltwirtschaft durch Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der Entwicklung charakterisiert. Die zunehmende Integration hat ja nur innerhalb des OECD-Raums zu einer Angleichung von Modernisierung der ökonomischen Strukturen und Lebensbedingungen der Menschen und zur Ausweitung der Wohlfahrt der Nationen geführt; in der übrigen Welt (in ihrem größeren Teil) sind im Gegenteil die Entwicklungsunterschiede größer geworden. Während in den reichen Industrieländern Tendenzen des Übergangs von einem kompletten Fordismus zu "post-fordistischen" Verhältnissen beschrieben werden können, wird es den Entwicklungsländern der sog. "Dritten Welt" in ihrer Gesamtheit mit Sicherheit nicht gelingen, die Ansätze der Industrialisierung und Modernisierung fortzuführen, also wenigstens die "fordistische Industrialisierung" zu komplettieren. Die Grenzen der nachholenden und imitierenden Industrialisierung zeigen sich nicht nur als durch die Verschuldung provozierte "verstümmelte Industrialisierung" (Fajnzylber), sondern auch an der inzwischen viel diskutierten Begrenzung von "Emissionsrechten" für Abfälle, Abwasser, Abluft des ressourcenintensiven fordistischen Modells in die biotischen und abiotischen Sphären unseres Planeten (vgl. zur genaueren Begründung Altvater 1992). Daher ist die gegenwärtige Krise des Entwicklungsmodells in den peripheren Ländern keine vorübergehende, die Krise ist auf den eingeschlagenen Entwicklungsbahnen nicht überwindbar. Das Wohlstandsgefälle zwischen dem "Norden" und dem "Süden" wird folglich bleiben. Wenn dem aber so ist, dann dürften die nationalen Grenzen von Arbeitsmärkten nicht wie bisher bestehen bleiben. Der in den vergangenen Jahrzehnten stattgehabten Internationalisierung von Waren- Kapital- und Kreditmärkten wird eine Transnationalisierung der Arbeitsmärkte folgen, allerdings in einer Form, die wenige Probleme löst, aber viele neue schafft. Dies zeigen bereits die Migrationsströme, die sich in den vergangenen Jahren von Osteuropa nach Mittel- und Westeuropa richteten und in Westeuropa (besonders ausgeprägt in Deutschland) xenophobische Reaktionen ausgelöst haben.

Es ist von vielen Autoren gezeigt worden, daß die beschleunigte Industrialisierung mit der Zerstörung tradierter sozialer Verhältnisse und der Freisetzung von Arbeitskräften verbunden war. Die Industrialisierung der europäischen Länder war daher von Emigrationsströmen begleitet: in die "neue Welt" Nordamerikas, nach Lateinamerika, ins südliche Afrika oder nach Australien; es wurden "neo-europäische" Kolonien gebildet (dazu Crosby 1991). Die beschleunigten Industrialisierungsprozesse in vielen Ländern der "Dritten Welt" haben ähnliche Begleiterscheinungen: auch dort werden Arbeitskräfte freigesetzt, tradierte Bereiche werden (produktiv) destruiert, so daß umfangreiche Migrationsbewegungen provoziert werden. Solange sie innerhalb der nationalen Grenzen eines großen Landes (z.B. in Brasilien) stattfinden, ist dies ein beträchtliches nationales und regionales, aber kein internationales Problem. Jedoch tendieren Migrationsbewegun-

gen dazu, die jeweiligen nationalen Grenzen in Frage zu stellen, insbesondere dann, wenn die Lebensperspektiven jenseits nationaler und regionaler Grenzen so viel erfreulicher scheinen als in der Herkunftsregion.

Mehr als andere Märkte werden die Arbeitsmärkte durch den nationalen Staat reguliert und geschützt; dies ist eine direkte Folge des Charakters der "Ware Arbeitskraft". Denn deren Träger ist nicht nur Arbeiter/in, sondern Staatsbürger/in und daher in demokratischen Gesellschaften als Wähler/in politisches Subjekt im Prozeß der Reproduktion von Hegemonie. Infolgedessen ist transnationale und internationale Migration niemals nur eine Reaktion auf ökonomische Signale, wie es die reine Markttheorie nahelegen würde, sondern immer politisch vermittelt. Wenn freilich die durch das Akkumulationsmodell im internationalen Funktionsraum des Weltmarkts hervorgerufenen Divergenzen zu groß werden, lassen sich die nationalen Arbeitsmärkte auch durch rigide politische Maßnahmen nicht abschotten; sie werden zu Parzellen eines globalen Arbeitsmarktes, dessen Struktur freilich viel komplexer ist, als es die Segmentationstheorien nationaler Arbeitsmärkte bislang zu erfassen vermögen. Es kann dies nur angedeutet werden und es bedürften weiterer Forschung: Tendenzen der Informalisierung, der Illegalisierung und die Rückkehr der miesesten Formen des "bloody Fordism" in die Metropolen (am Beispiel von Los Angeles oder New York ist dies mehrfach untersucht worden) können eine Folge sein. Die internationale Spaltung reproduziert sich dann in den entwickelten Nationen selbst. Für die großen Städte Europas wird dies heißen, daß ein Teil Afrikas sich in Rom und Barcelona wiederfinden läßt, und daß osteuropäische Lebensweisen und Kulturen in Berlin und Wien Einzug halten.

Auf die kulturellen, sozialpsychologischen und sozialstrukturellen Konsequenzen kann hier überhaupt nicht eingegangen werden. Sie sind bei der Globalisierung von Waren- und Geldmärkten weniger relevant als bei der Transnationalisierung von Arbeitsmärkten, da es nun in den Gesellschaften zu neuen "multikulturellen Artikulationsformen" kommen wird. Bei der Untersuchung von Arbeitsmärkten ist es also gar nicht mehr statthaft, diese als strikt ökonomische Mechanismen zu behandeln, wenn sie kulturell artikuliert sind. Die Überlegungen zeigen, daß es nicht mehr nur um Langzeitarbeitslosigkeit geht, wenn man die jüngsten Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung einer kritischen Überprüfung unterzieht, sondern um Entwicklungsblockaden für ganze Kontinente in der kapitalistischen Weltwirtschaft mit ihren Rückwirkungen auf die Industrieländer. Der Bezugsrahmen für die Arbeitsmarktentwicklung wird also, wie im Falle der anderen Märkte auch, mehr und mehr global ausgeweitet. Dies bedeutet nicht unbedingt, daß die Rolle des nationalen Staates weniger wichtig würde; dies bedeutet aber auf jeden Fall, daß sich die Weise der Regulation von Arbeitsverhältnis und Lohnverhältnis seitens der Nationalstaaten und der internationalen Institutionen in der Zukunft radikal verändern müssen.

Zu Beginn sind die Faktoren, die Angebot und Nachfrage des Arbeitsmarktes bestimmen, in einer einfachen und tautologischen Gleichung aufgeführt worden. Die Nachfrage nach Arbeit könnte danach durch eine Politik

der Steigerung des Wachstums stimuliert werden. Dies ist jedoch aus ökologischen Gründen in keinem Land der Welt eine mehr als kurzfristige Notlösung. Eine Minderung des Produktivitätszuwachses kommt aber auch nicht in Frage, da der internationale Wettbewerb bei hochintegrierten Märkten dies verhindert. Arbeitsmarktpolitik kann also nur an der Angebotsseite des Arbeitsmarktes ansetzen: Wenn eine Senkung der Erwerbsquote wegen der negativen Auswirkungen auf die Frauen nicht in Betracht kommt, bleibt nur die generelle Arbeitszeitverkürzung, zusammen mit Politiken, die eine Fluidisierung des Arbeitsangebots erleichtern und flexible Arbeitsformen favorisieren. Eine Option mit diesen Eckwerten orientiert auf eine andere Weise der Regulation des Arbeitsverhältnisses. Wegen der Tendenz der Internationalisierung der Märkte, auch der Arbeitsmärkte, sind Modi und Instanzen der Regulation nur noch als nationale und zugleich internationale vorstellbar.

Literatur

Altvater, Elmar, 1987: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien. Hamburg.

Altvater, Elmar, 1991: Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des "real existierenden Sozialismus". Münster.

Altvater, Elmar, 1991a: 'Soziale Marktwirtschaft' 1949 und 1989. Zum Primat von Ökonomie oder Politik in der Vorgeschichte der neuen Bundesrepublik, in: B. Blanke/ H. Wollmann (Hrsg.), Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel, Leviathan-Sonderheft 12/1991, S. 81-105.

Altvater, Elmar, 1992: Der Preis des Wohlstands. Umweltplünderung in der neuen Welt(un)ordnung. Münster.

Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit, 1993: Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht. Münster.

Armstrong, Philip /Glyn, Andrew/ Harrison, John, 1991: Capitalism since 1945, (Basil Blackwell) London.

Atkinson, Paul/ Chouraqui, Jean-Claude, 1985: "The Origins of High Real Interest Rates", in: OECD Economic Studies, No. 5, Autumn 1985, p. 7-55.

Buci-Glucksmann, Christine/ Therborn, Göran, 1982: Der sozialdemokratische Staat. Die "Keynesianisierung" der Gesellschaft. Hamburg.

Chan-Lee, J./ Sutch, H., 1985: Profits and Rates of Return,in: OECD Economic Studies, No. 5, S. 127-167

Coriat, Benjamin/ Petit, Pascal, 1991: Deindustrialisation an Tertiarization: Towards a New Economic Regime? In: A. Amin/ M. Dietrich (Ed.), Towards a New Europe? Aldershot, S. 18-45.

Crosby, Alfred W., 1991), Die Früchte des weißen Mannes, (Campus) Frankfurt/New York

Crow, Ben/ Thorpe, Mary et al., 1988: Survival and Change in the Third World, (Polity Press) Oxford.

Drucker, Peter F., 1991: The New Productivity Challenge, in: Harvard Business Review, No./ Dec 1991, 67-79

Fröbel, Folker/ Heinrichs; Jürgen/ Kreye, Otto, 1986: Umbruch in der Weltwirtschaft. Die globale Strategie: Verbilligung der Arbeitskraft/ Flexibiliierung der Arbeit/ Neue Technologien, (Rowohlt) Reinbek

Gordon, David M., 1989: Die Weltwirtschaft: Neues Bauwerk auf bröckelnden Fundamenten, in: PROKLA 77, 19. Jg., Dezember 1989, S. 109-148

ILO, 1992: World Labour Report 1992, Geneva.
Jaguaribe, Hélio, 1986: Brasil 2000, (Paz e Terra) Sao Paulo
Keynes, John M., 1936: The General Theory of Employment, Interest and Money, (Macmillan, Repr. 1964) London, Melbourne, Toronto
Krugman, Paul, 1990: The Age of Diminishing Expectations. U.S. Economic Policy in the, 1990s, (MIT Press) Cambridge Mass., London
Lipietz, Alain, 1987: Mirages and Miracles, (Verso) London
Maddison, Angus, 1989: The World Economy in the 20th Century, OECD Paris
Scharpf, Fritz, 1987: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, (Campus) Frankfurt und New York
Strange, Susan, 1986: Casino Capitalism, Oxford.
Tobin, J., 1969: A general Equilibrium Approach to Monetary Theory, In: Journal of Money, Credit and Banking, Febr. 1969, S. 15-29.
Wright, Gavin, 1990: The Origins of American Industrial Success, 1879-1940, in: The American Economic Review, Vol. 80, Nr. 4, Sept. 1990, S. 651-668
Zinn, Karl Georg,, 1993: Dienstleistungsgesellschaft oder Krise des tertiären Sektors?, in: WSI-Mitteilungen, 46. Jg., H. 1, 1-10

ANDERE BANKEN KONZEPTE

Aus dem Inhalt:
Investieren in Gerechtigkeit
Was bedeutet menschenfreundliches Banking?
Geschäftspolitik mit ethischen Standards
Bankenpolitik und Wohnen
Gerechter Kapitalismus?

SCHRIFTENREIHE 1/93

AKTION FINANZPLATZ SCHWEIZ–DRITTE WELT

Preis: Fr. 9.–